Mediendienst

Stuttgart, 14. November 2025

Freie Demokraten

Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Birnstock: Kommunen brauchen beim Schulbau echte Reformen statt finanzieller Beruhigungspillen

Gesetzentwurf löst Grundproblem nicht – Freie Demokraten fordern Reform des § 31 Schulgesetz

---

Die erste Beratung des Gesetzentwurfs der Regierungsfraktionen (17/9705) – Gesetz über die ergänzende Förderung von Schulbau-, Ganztagsbau- und Schulsanierungsmaßnahmen kommunaler Schulträger mit hohem Auswärtigenanteil (Schulbau-Ergänzungsförderungsgesetz – SchbEFöG), kommentiert der Sprecher für frühkindliche Bildung der FDP/DVP-Fraktion, **Dennis Birnstock:**

„Das sogenannte `Geislinger Urteil` hat ein politisches Grundproblem sichtbar gemacht. Kommunen, die eigentlich gemeinsam für gute Bildung sorgen wollen, stehen gegeneinander vor Gericht. Nur wegen der Frage, wer bei Schulbau und Schulsanierungen zahlt, wenn Kinder aus Umlandgemeinden die Schule besuchen. Das nun von den Regierungsfraktionen vorgelegte Gesetz ist gut gemeint, löst aber das Grundproblem nicht. Es kaschiert die Schieflage der Kommunen mit zusätzlichem Geld, ohne § 31 Schulgesetz endlich zu reformieren. Das ist wie ein kleines Pflästerchen, das auf eine große Wunde geklebt wird, ohne diese wirklich zu verarzten. Solange § 31 Schulgesetz nicht reformiert wird, bleibt der Gang vor Gericht der einzige Ausweg. Das ist absurd, teuer, zeitraubend und vergiftet die kommunalen Beziehungen.

Zu diesem ungelösten Problem gesellt sich eine weitere Enttäuschung: Die Landesregierung preist seit fast einem Jahr 30 Millionen Euro für Schwimmbäder an, aber bis heute ist kein einziger Cent abrufbar, weil die dafür nötige Verwaltungsvorschrift Schulbau nicht fertig wird.

Besonders problematisch ist der Bürokratieturbo im Entwurf der neuen VwV SchulBau. Statt Verfahren zu vereinfachen und Prozesse zu beschleunigen, will die grün-geführte Landesregierung die Beteiligung des Landesbetriebs Vermögen und Bau ausweiten und verlangt schon bei Antragstellung eine Kostenberechnung nach DIN 276 auf dritter Ebene. Das ist vollkommen praxisfern. Es führt zu monatelangen Verzögerungen und verhindert dringend notwendige Schulbauprojekte, bevor überhaupt die ersten Entscheidungen vor Ort getroffen werden können. Nachhaltige und effiziente Bildungspolitik sieht anders aus!

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de

Mediendienst

Stuttgart, 14. November 2025

Freie Demokraten

Landtagsfraktion Baden-Württemberg FDP

Wir Freie Demokraten fordern einen klaren Kurswechsel: Weniger Misstrauen, weniger Bürokratie, mehr Vertrauen und Pragmatismus. Die Kommunen brauchen eine schlanke und funktionierende VwV SchulBau und einen reformierten § 31, der Kooperation statt Klagewege fördert. Nur wenn Schulbau nicht länger einem bürokratischen Hindernislauf gleicht, können die notwendigen Investitionen endlich umgesetzt werden – und finanzielle Beruhigungspillen werden überflüssig.“

FDP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg
Haus des Landtags, Konrad-Adenauer-Str. 3, 70173 Stuttgart
Dr. Jan-Havlik, Pressesprecher, Tel: 0711 2063 9013, Fax 0711 2063 610
jan.havlik@fdp.landtag-bw.de; www.fdp-dvp.de